

25.000 Menschen auf rechtsextremen Feindeslisten

02.08.2018, 14:14 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *OEDP-NRW*



Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) Nordrhein-Westfalen

ÖDP wirft Sicherheitsbehörden Ignoranz vor

Gefährdete Personen sind zu informieren und zu schützen!

(Düsseldorf/Münster) – Die deutschen Sicherheitsbehörden haben bei Rechtsradikalen Listen mit 25.000 Personen gefunden, die mit Namen, Telefonnummern und Adresse als „Feinde“ Markiert sind. Dies berichtete das "RedaktionsNetzwerk Deutschland" unter Berufung auf eine Antwort der Bundesregierung. Die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden verharren in dieser Angelegenheit in Untätigkeit. „Ein ausgemachter Skandal“, so der Landesvorstand der Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) Nordrhein-Westfalen.

„Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte müssten bei den Verantwortlichen alle Alarmglocken läuten.“ so die ÖDP NRW. Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass es keine gemeinsame Datenbasis über diese gefährdeten Personen gibt. Daher können die lokalen Sicherheitsbehörden diesen Personenkreis nicht ausreichend schützen. „Aus dem NSU-Skandal nichts gelernt – oder etwa nichts lernen wollen?“ fragt die ÖDP NRW.

Die ÖDP NRW fordert von den Behörden, die Betroffenen umgehend über die Gefährdungslage zu informieren. Die lokalen Polizeibehörden sind über die betroffenen Personen in Kenntnis zu setzen. Nur so ist es möglich, Straftaten zu verhindern und bereits begangene Straftaten richtig einzuordnen.

Auch fordert die ÖDP NRW entschiedene Schritte gegen die rechtsextreme Gefährderszene und deren Sympathisanten.

Portrait

Die ÖDP hat derzeit bundesweit ca. 6400 Mitglieder und über 470 Mandatsträger auf der Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene, ist in Bezirkstagen vertreten, stellt 18 Bürgermeister und stellv. Landräte und ist seit 2014 auch im Europäischen Parlament vertreten.

Wer wir sind ...

In der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) arbeiten Menschen, die gemeinwohlorientiert denken und handeln. Der oberste Grundsatz unseres politischen Handelns ist, dass wir nicht nur an uns selbst denken, sondern auch solidarisch an alle Menschen auf unserer Erde und an die zukünftigen Generationen. Wir entwickeln zukunftsfähige Lösungen für Mensch, Tier und Umwelt mit dem Ziel einer lebenswerten, gerechten und friedvollen Gesellschaft. Der Grundsatz „Mensch vor Profit“ steht im Mittelpunkt unserer Politik. Wir lösen die Umwelt- und die Armutsfrage gemeinsam, indem wir ökonomische, ökologische und soziale Zusammenhänge ehrlich und weitsichtig betrachten.

News-ID: 1013397 • Views: 763 (Stand: 17.10.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/1013397/25-000-Menschen-auf-rechtsextremen-Feindeslisten.html>